Botschaft

des

Bundesrathes an die h. Bundesversammlung betreffend die
Rhonekorrektion auf dem Gebiete des Kantons Waadt.

(Vom 28. November 1870.)

Tit. I

Unterm 30. Juni 1865 hat die h. Bundesversammlung in der Angelegenheit betreffend die Korrektion der Rhone auf dem Gebiete des Kantons Waadt folgenden Beschluß gefaßt:

„1. Auf das Begehren der Regierung des h. Standes Waadt um Verabreichung einer Entschädigung von einer Million Franken für die ihr auffallenden Korrektionsarbeiten am waadländischen Ufer der Rhone wird grundsätzlich nicht eingetreten.

„2. Dagegen erklärt sich die Bundesversammlung bereit, auf Begehren des h. Standes Waadt denselben für die bezeichneten Arbeiten eine Subvention zu gewähren, welche nach den nämlichen Grundsätzen, wie diejenige für die Rhonekorrektionsarbeiten auf dem gegenüberliegenden Rhoneufer, zu bemessen ist und mit Bezug auf deren definitive Bestimmung weitere Vorlagen gewärtigt werden.“

Unterm 24. Juli theilten wir dem Staatsrathe obige Schlußnahme mit und luden denselben ein, uns die nöthigen weiteren Mittheilungen über die Art der Ausführung der Korrektion machen und uns auf Grundlage von Ziffer 2 des Beschlusses ausgefertigte Pläne und Kostenbe-

rechnungen nebst Angaben über die Betheiligung des Kantons und der Gemeinden, Bauzeit etc. einreichen zu wollen, damit an der Hand dieser Materialien die Ausmittlung der zu gewährenden Bundessubsidie stattfinden und eine neue Vorlage an die Bundesversammlung gemacht werden könne.

Nachdem eine erste Vorlage, welche das waadtländische Baudepartement unterm 27. Dezember 1865 unserm Departement des Innern eingesandt hatte, von den eidgenössischen Experten für die Rhonekorrektur, den Herren Obringenieuren Hartmann und Blotnikki, als nicht ganz genügend bezeichnet und demzufolge vom Departement des Innern zur Vervollständigung zurückgesandt worden war, übermittelte das genannte Baudepartement unterm 3. Juli 1857 ein ausgearbeitetes neues Projekt, welches dann abermals den eidg. Experten zugestellt wurde mit dem Auftrage, dasselbe prüfen und sowohl über das Projekt im Allgemeinen als insbesondere auch mit Beziehung auf die am gegenüberliegenden Walliserufer erstellten oder zu erstellenden Arbeiten ihr Gutachten abgeben zu wollen.

Aus dem diesjährigen Expertenberichte ergab sich, daß Waadt die Korrektur auf seinem Gebiete nach einem von der Walliser Rhonekorrektur vollständig abweichenden Systeme, nämlich mit durchgehenden Längs- oder Parallelwuhren statt mit Sporen ausführen wolle, was nach der Ansicht der Techniker wegen der ungleichen Wirkung der beiden verschiedenartigen Konstruktionen unzweckmäßig wäre, und, da Waadt diese Parallelwuhren überall auf die äußerste Grenze des für den Niederwasserstand angenommenen Profils setzen wollte, überdies zur Folge hätte, daß Wallis die Arbeiten auf dem linken Ufer mit bedeutenden Mehrkosten erhöhen müßte.

In gleichem Sinne sprach sich auch die Regierung von Wallis aus, welcher auf gestelltes Verlangen fragliche Pläne zur Einsichtnahme mitgetheilt worden waren.

Da von Seite der Regierung des Kantons Wallis mit Schreiben vom 31. Oktober 1. November gegen das vorgelegte Projekt förmliche Einsprache erhoben worden, fanden wir nicht für angemessen, die Angelegenheit in ihrer damaligen Gestalt vor die Rätthe zu bringen. Wir konnten dies um so weniger thun, als die veranschlagten Kosten der projektirten Bauten — der Devis lautete auf eine Summe von Fr. 2,500,000, was nach der für Wallis angenommenen Quote einen Bundesbeitrag von Fr. 800,000 erheischte — außer aller Proportion zu den Verbauungskosten des gegenüberliegenden Walliserufers stand. Wir übermittelten daher, um wo möglich eine Verständigung über fragliche Differenzen zu erzielen, sowohl den Bericht unserer Experten als auch die Einsprache der Walliserregierung dem Staatsrathe von Waadt mit

dem Ersuchen, die Angelegenheit nochmals einläßlich prüfen und sich dann darüber aussprechen zu wollen, ob er an dem vorgeschlagenen Korrektionsssystem festhalte oder, wie es hierseits gewünscht werden müsse, geneigt sei, zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen mit Wallis Hand zu bieten und demgemäß das vorgelegte Projekt mit der linksseitigen Rhonekorrektur sowohl technisch als finanziell in ein annehmbares Verhältnis zu bringen.

Die Vernehmlassung hierüber erfolgte unterm 13. Juli 1868. Dieselbe entsprach jedoch unsern Wünschen und Erwartungen mit Rücksicht auf das von uns ins Auge gefaßte Ziel einer Verständigung über die waltenden Differenzen keineswegs. Man ging waadtländischerseits nicht von der Annahme ab, daß die Verbauung der Rhone im Gebiete des Kantons Wallis, welche bei künftigen Wassergrößen das Austrreten des Flusses und die Entleerung großer Wassermengen in die Becken des Walliserthales verhindern werde, dem untern Rhonegebiete in einer gegebenen Zeit so bedeutend größere Wassermassen zuführen müsse, daß auf dessen ganzen Uferlänge nicht nur eine wesentliche Verstärkung der Wuhren, sondern auch eine Erhöhung derselben um wenigstens 3 Fuß geboten sei, und kam von dieser Grundlage aus neuerdings zu einem Devis von Fr. 2,200,000.

Doch ergab sich aus dem Berichte der waadtländischen Rhonekommission wenigstens insofern eine etwelche Annäherung, daß von derselben bezüglich des Alignements der Arbeiten, der Kombination der beiden Systeme von Parallelwuhren und Sporenwuhren und der in Rechnung zu bringenden Kosten beachtenswerthe Konzessionen gemacht wurden, welche Anhaltspunkte zu einer Verständigung bieten konnten.

Nachdem wir uns über einige Hauptfragen von einem bewährten, an der bisherigen Controverse unbetheiligten Sachverständigen, Herrn Oberst La Nicca, ein neues Gutachten hatten erstatten lassen, welches im Wesentlichen mit den Ansichten unserer bisherigen Experten übereinstimmte, machten wir, um, wie wir hofften, desto eher zu dem Ziele einer Verständigung zu gelangen, den Regierungen von Waadt und Wallis den Vorschlag, zwischen unsern Experten und den beidseitigen kantonalen Technikern eine Besprechung zu veranstalten zum Zwecke einläßlicher Erörterung der technischen Fragen und speziell der zwischen denselben obschwebenden Differenzen.

Die beiden Regierungen erklärten sich mit diesem Vorschlage einverstanden, und es wurde zufolge dessen eine Konferenz veranstaltet, die am 21. Januar 1869 in Aigle stattfand, und welcher nebst den Delegationen des Bundesrathes und der Regierungen von Waadt und Wallis auch die eidg. Experten und die mit der Angelegenheit der

Rhonekorrektur speziell beschäftigten Techniker der beiden Uferkantone bewohnten.

An dieser Konferenz bewegte sich die Diskussion der Hauptsache nach um zwei wesentliche Punkte, nämlich:

1) Die Frage des Einflusses der Korrektur im obern Rhonegebiete auf die Wasserstände im untern Gebiete.

In dieser Beziehung war man darüber einverstanden, daß von fraglichem Einflusse der Umfang der auf Waadländergebiet auszuführenden Korrekturbauten und folgerichtig auch das Maß der von der Eidgenossenschaft für diese Bauten zu gewährenden Subvention abhänge. Da nun hierüber zur Zeit keine sichern Angaben vorliegen, so wurde für nothwendig erachtet, daß Seitens der Regierung von Waadt nähere spezielle Untersuchungen angeordnet werden, deren Resultate sodann als Basis für die bezüglichen weiteren Ermittlungen zu dienen hätten.

2) Die Frage des für die Eindämmungsarbeiten auf Waadtländergebiet anzuwendenden Systems.

Bezüglich dieser Frage war man so ziemlich darüber einig geworden, daß ein absolut einheitliches System für diese Korrekturbauten nicht wohl eingehalten werden könne und daß die bereits ausgeführten Arbeiten bestehen gelassen werden müssen. Es sei daher vor Allem ein Plan auszuarbeiten, in welchem überall speziell anzugeben sei, welches System für die einzelnen Bauten zur Anwendung kommen solle. Dieser Plan sei von Waadt, welches sich diesfalls mit Wallis ins Einvernehmen setzen werde, vorzubereiten, worauf dann dem Bundesrath sachbezügliche bestimmte Vorschläge zu machen seien.

Bezüglich des fraglichen Planes war man im Uebrigen darüber einverstanden, daß es sich vorderhand nur um einen Generalplan handle, an welchem je nach den Verhältnissen im Laufe der Ausführung immerhin noch Modifikationen sollen angebracht werden können.

Indem wir nach stattgehabter Konferenz den beiden Kantonsregierungen das Protokoll derselben mittheilten, richteten wir an diejenige von Waadt die Einladung, die unter Ziff. 1 obigen Resumes angeführten weiteren Untersuchungen über den Einfluß der obern Rhonekorrektur auf den Wasserabfluß im untern Rhonegebiete und die dadurch bedingte Höhe der zu erstellenden Dämme anordnen und uns dann gestützt auf die Resultate dieser Untersuchung eine neue Projektvorlage im Sinne von Ziff. 2 machen zu wollen.

Die Vernehmlassung hierüber erfolgte erst unterm 11. Juli l. J. Mit derselben machte uns die Regierung von Waadt einen neuen Vorschlag für die Lösung der vorliegenden Frage, indem sie beantragte, daß dem Kanton Waadt unter Bedingungen, welche wir unten des Nähern anführen werden, als Beitrag an die Kosten der auf seinem Gebiete auszuführenden Korrektions- und Eindämmungsarbeiten die Summe von Fr. 300,000 zugehieben werden möchte.

Wir entnehmten dem bezüglichen Schreiben im Wesentlichen Folgendes :

Obwohl die Regierung von vornherein angenommen habe, daß es kaum möglich sein werde, den künftigen Wasserstand der Rhone genauer zu bestimmen als derselbe bei den frühern Projekten angenommen worden sei, habe sie doch nicht ermangelt, eine besondere Untersuchung hierüber anzuordnen. Diese Untersuchung habe die Vermuthungen, welche sie bezüglich der Schwierigkeit der Lösung dieser Frage gehegt, nur bestätigt, indem sich der bezügliche Bericht dahin ausspreche, daß, um zu einem einigermaßen sichern Resultate zu gelangen, jahrelange Beobachtungen gemacht werden müßten.

Nun seien aber die auf dem rechten Ufer zu erstellenden Arbeiten um so dringlicher, als diejenigen, welche auf der Walliserseite mit Hilfe des Bundesbeitrages ausgeführt werden, so rasch vorrücken, daß die waadtländischen Uferanwohner, welche bis jetzt auf ihre eigenen Mittel angewiesen seien, mit den linksseitigen Arbeiten unmöglich Schritt halten können. Dies werde zur Folge haben, daß bei künftigen Hochwassern die waadtländischen Dämme sich als relativ zu schwach erweisen und somit Ueberschwemmungen auf dieser Seite um so mehr zu riskiren sein werden.

Um nun den bisherigen fruchtlosen Diskussionen in dieser Angelegenheit ein Ziel zu setzen, stellt Waadt das Ansuchen, daß dem Kanton ein Beitrag von Fr. 300,000, zahlbar in 10 Jahresraten, bewilligt werde. Mit dieser Summe will der Kanton Waadt im weitem auf eigene Kosten und Gefahr die auf dem rechten Ufer erforderlichen Arbeiten ausführen. Die Ausführung hätte nach dem dortseits am zweckmäßigsten erachteten Systeme stattzufinden, immerhin jedoch unter Beobachtung der in den Konventionen zwischen Waadt und Wallis vom 4. April 1856 und 8. Februar 1865 enthaltenen Vorschriften und des gemeinschaftlich aufgestellten, durch eigene Bestimmungen, welche in dem Schreiben speziell ausgeführt werden, zu ergänzenden Generalplanes.

Zur Begründung obigen Ansazes von Fr. 300,000 führt die Regierung an, daß die auf dem Gebiete des Kantons Waadt zu erstellenden Arbeiten den eidg. Experten selbst auf mehr als eine Million

Franken veranschlagt worden seien, und somit für dieselben nach dem Verhältniß des Walliser-Bundesbeitrages eine Subvention von Fr. 330,000 sich ergeben würde.

Da dieser Voranschlag der Regierung von Waadt und eine ganz geeignete Grundlage für eine allseitig befriedigende Lösung dieser nun schon seit 8 Jahren pendenten Angelegenheit zu bieten schien, so ermangelten wir nicht, denselben aufzunehmen und einläßlich zu prüfen.

Es wurde demzufolge über die vorliegende Frage in technischer und theilweise auch in finanzieller Beziehung zunächst das Gutachten des mit den Verhältnissen der Rhonekorrektur und speziell auch mit dieser Angelegenheit vollständig vertrauten eidg. Experten, des Herrn Oberingenieur Blotnicki, eingeholt. Dasselbe lautete dem Vorschlage von Waadt durchaus günstig.

In Bezug auf die Bestimmung der künftigen Höhe des Rhonewassers, über welche Waadt gemäß den Resolutionen der Konferenz von Aigle nähere Daten beizubringen gehabt hätte, gibt der Experte zu, daß sich solche Angaben bei Gebirgsflüssen immer nur annähernd ermitteln lassen. Bei der Rhone sei dies um so schwieriger, als sich in keiner Weise berechnen lasse, wie viele der 52 Wildbäche des Walliserlandes auf einmal Hochwasser bringen werden.

Wenn es nun auch allerdings nicht möglich sei, eine genaue sichere Höhe anzugeben und den Umfang allfälliger künftiger Katastrophen zum voraus zu bestimmen, so gebe dagegen für die auszuführenden Bauten die Höhe der Wuhren, wie solche in den letzten Jahren im Wallis ausgeführt worden und die sich bei den stattgehabten Hochwassern als genügend erwiesen haben, einen ziemlich zuverlässigen Maßstab.

In Bezug auf die Vorlage definitiver Pläne bemerkt das Experten-gutachten, daß bei dem an der Rhone angewandten Wuhrsysteme sich noch weniger als bei jedem andern Flusse zum voraus definitive Pläne aufstellen lassen, indem der Fluß während des Baues sein Bett allzu sehr ändere. In dieser Beziehung sei indessen der Hauptsache nach durch die zwischen den beiden Kantonen bestehenden Konventionen vom 4. April 1856 und 8. Februar 1865 fürgesorgt, indem durch dieselben der Lauf des Flusses und dessen Breite festgesetzt sei.

Den Kostenpunkt anbelangend, so ist der Herr Experte überzeugt, daß die von Waadt angenommene Summe von Fr. 900,000 für die Eindämmung des Waadtländerufers vollkommen ausreichen werde; er findet daher auch die von Waadt beanspruchte Summe von Fr. 300,000 im richtigen Verhältniß zu der dem Kanton Wallis gewährten Subsidie.

Die von Waadt für die Ausführung der Arbeiten in Aussicht genommene Bauzeit von 10 Jahren beantragt der Experte mit Rücksicht

auf die dem Kanton Wallis vorgeschriebenen Baetermine auf 8 Jahre zu reduzieren. Es liege im Interesse des Kantons Waadt selbst und insbesondere der betreffenden Gemeinden, daß die Eindämmungsarbeiten bald fertig werden; denn seit auf dem Walliserufer mit Hilfe des Bundesbeitrages gedämmt werde und die Arbeiten rascher vorwärts schreiten, seien die noch uneingedämmten und unvollständigen Stellen des waadtländischen Ufers immer mehr der Gefahr ausgesetzt. Es sei daher in hohem Grade wünschbar, daß der Kanton Waadt das Versäumte möglichst nachhole, so daß es dann möglich werde, an beiden Ufern mit den Arbeiten ziemlich gleichen Schritt zu halten.

Bezüglich der im Schreiben von Waadt angeregten Vervollständigung des gemeinschaftlich aufgestellten Generalplanes wünscht der Experte, daß davon abstrahirt werden möchte, um den zwischen den beiden Kantonen zur beidseitigen Zufriedenheit bestehenden modus procedendi nicht zu stören. Ueber diesen modus procedendi gibt der Bericht folgende nähere Aufschlüsse: „Jeden Herbst findet die Zusammenkunft einer interkantonalen Kommission statt, welche die beiden Ufer begeht, die Arbeiten jeder einzelnen Strecke bespricht und die für die jeweilige Baukampagne vorzunehmenden bestimmt. Die daherigen Vorschläge werden zu Protokoll genommen und den Regierungen der beiden Kantone zur Genehmigung vorgelegt. Da Wallis laut Bundesbeschluß bereits verpflichtet ist, die Arbeiten jeder Baukampagne vom Bundesrathe genehmigen zu lassen, in welcher Verpflichtung auch die von der interkantonalen Kommission vorgeschlagenen Arbeiten begriffen sind, so scheint es nicht nur gut, sondern nothwendig, daß auch die ins Protokoll aufgenommenen Wuhrbauten auf dem waadtländischen Ufer dem Bundesrathe vorgelegt werden, damit derselbe eine Uebersicht über das Ensemble der Arbeiten gewinne.“

Indem unser Departement des Innern, welchem diese Angelegenheit zur Berichterstattung überwiesen war, die Regierung des Kantons Waadt in vorläufiger Beantwortung ihrer Zuschrift vom 11. Juli eröffnete, daß hierseits alle Geneigtheit vorhanden sei, auf die gemachte Anregung einzutreten, übermittelte es derselben gleichzeitig einen auf Grundlage des gemachten Vorschlages aufgestellten, mit den als nöthig und zweckmäßig erachteten Modifikationen und Spezialbestimmungen versehenen Entwurf eines bezüglichen Bundesbeschlusses, und ersuchte die Regierung, denselben prüfen und ihre Ansichten darüber aussprechen zu wollen.

Die Regierung war mit dem ihr mitgetheilten Beschlusentwurfe im Allgemeinen einverstanden, wünschte jedoch vor der definitiven Vorlage desselben noch über einige Detailpunkte nähere Erörterungen zu pflegen, zu welchem Ende sie die Veranstaltung einer konferenziellen Besprechung beantragte.

Diese Besprechung, zu welcher die Regierung von Waadt die Herren Staatsräthe Delarageaz und Verney abgeordnet hatte, fand am 19. dieses Monats mit dem Vorstande unsers Departements des Innern statt, und führte zu einer beidseitigen Verständigung über die Berechnung des Bundesbeitrages, so wie über die an die Gewährung desselben zu knüpfenden Bedingungen.

Es ergab sich dabei, daß die anfänglichen Befürchtungen in Betreff der Konsequenzen der obern Rhonekorrektur für die untern Gegenden, wenn auch nicht in Folge von wissenschaftlichen Beobachtungen und theoretischen Berechnungen, so doch in Folge der im Laufe der Jahre und namentlich des Ueberschwemmungsjahres 1868 gemachten Erfahrungen bedeutend geschwunden waren. Man gab in Folge dessen zu, daß es zu ausreichendem Schutze des waadtländischen Gebietes solcher Bauten, wie sie ursprünglich für nothwendig erachtet worden und beabsichtigt waren, nicht bedürfe und daß, sofern nur die Arbeiten in Betracht gezogen würden, welche von jetzt an noch auszuführen wären, noch ansehnlich unter den Devis der eidg. Experten heruntergegangen werden könne. Andererseits mußte man es als billig erachten, daß bei Berechnung der Bundessubvention von den langjährigen frühern Rhonebauten wenigstens diejenigen mit in Betracht gezogen werden, welche von dem Kanton Waadt seit dem Beginn der Rhonekorrektur im Kanton Wallis, beziehungsweise seit dem Jahre 1862, welches auch bei Wallis mitberücksichtigt wurde, ausgeführt worden seien, und zwar um so mehr, als die Frage einer Bundessubvention für die Rhonekorrektur auf waadtländischem Gebiet kurze Zeit nach dem Bundesbeschlusse über die Rhonekorrektur im Wallis anhängig gemacht worden war, und die Erledigung jener Frage lediglich in Folge der entstandenen, lange Zeit unlösbaren Differenzen sich bis jetzt verzogen hat. Nun stellen die Rechnungen des Kantons Waadt heraus, daß in diesen 9 Jahren durchschnittlich Fr. 25,000 jährlich auf Verbauungen an der Rhone verwendet worden sind, was im Ganzen eine Summe von Fr. 225,000, genau nach den Rechnungen Fr. 229,156, ausmacht. Die noch zu erstellenden Arbeiten werden vom Kanton Waadt auf zirka Fr. 700,000 veranschlagt, so daß die Gesamtsumme für die Rhonekorrektur auf dem Gebiete des Kantons Waadt seit 1862 auf ungefähr Fr. 930,000 zu stehen kommt. Für die Prüfung dieses Voranschlages haben wir, abgesehen von den direkten Schätzungen unserer Experten, welche im Jahre 1865 die noch auszuführenden Arbeiten auf eine Million taxirten, folgende Anhaltspunkte:

Die Streke auf dem Walliserufer von St. Moriz bis an den Lemanssee ist 81,000' lang, und nach dem eidgenössischen, der Bundessubvention zu Grund gelegten Devis auf Fr. 729,240, oder rund auf Fr. 730,000 veranschlagt. Nach diesem Verhältniße käme die

98,000' lange Streife auf dem Waadtländerufer auf Fr. 883,300 zu stehen. Es haben indessen die eidg. Experten von Anfang an und jederzeit anerkannt, daß für die Arbeiten auf Waadtländergebiet, wo das Steinmaterial theurer ist als in Wallis, weil es auf eine größere Entfernung transportirt werden muß, und wo auch die Tagelöhne für die Erdarbeiten höher sind, die Einheitspreise um zirka $\frac{1}{3}$ höher angenommen werden müssen als im Kanton Wallis. Fügt man obiger Summe diesen Preiszuschlag mit $\frac{1}{3}$, beziehungsweise mit Fr. 294,400 zu, so erhält man einen Gesamtdevis für die Rhonekorrektion auf dem Gebiete des Kantons Waadt, vom Jahre 1862 an gerechnet, von Fr. 1,177,000.

Wir finden somit die jezigen Ansprüche des Kantons Waadt, welche sich auf einen Bundesbeitrag von Fr. 300,000 beschränken, nicht zu hoch angegriffen und nehmen keinen Anstand, zu erklären, daß nunmehr die Bundesversammlung sich im Falle befindet, die im Beschluß vom 20. Juli 1865 Waadt gegebene Zusage erfüllen zu können.

Indem wir bezüglich der Bedingungen, unter welchen diese Subvention dem Kanton Waadt gewährt würde und welche nichts wesentlich Abweichendes von den bisherigen analogen Beschlüssen der Bundesversammlung enthalten, auf den nachfolgenden Beschlußentwurf selber, ferner auf die bereits gegebenen Erläuterungen verweisen, beehren wir uns, Ihnen diesen Beschlußentwurf zur Genehmigung zu empfehlen.

Im Uebrigen benutzen wir den Anlaß, Sie, Tit., unserer vollkommensten Hochachtung zu versichern.

Bern, den 28. November 1870.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Dr. J. Dubs.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schick.

Beschlusentwurf

betreffend

die Rhonekorrektur im Kanton Waadt.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht

- 1) eines Schreibens der Regierung des Kantons Waadt an den schweizerischen Bundesrath vom 11. Juli 1870;
 - 2) eines Berichtes des Bundesrathes vom 28. November 1870; unter Bezugnahme auf den Bundesbeschluß vom 20. Juli 1865,
- beschließt:

Art. 1. Es wird dem Kanton Waadt zum Zwecke der Korrektur und Eindämmung der Rhone auf seinem Gebiet ein Beitrag von einem Drittel der auf diese Arbeiten seit 1862 verwendeten und der zu ihrer Vollendung noch nöthigen Summen bewilligt. Dieser Beitrag darf jedoch Fr. 300,000 nicht überschreiten.

Art. 2. Hinsichtlich der Richtung und Ausführung der Arbeiten gelten die Pläne, welche den zwischen den beiden Ständen Waadt und Wallis abgeschlossenen Konventionen vom 4. April 1856 und 8. Februar 1865 beigelegt sind.

Die nach den angenommenen Plänen zur Vervollständigung der Regulirung des Flussbettes erforderlichen Arbeiten sind binnen einer Frist von 8 Jahren, die Vollendungsarbeiten an den Dämmen binnen 10 Jahren auszuführen.

Art. 3. Die Ausführung der Arbeiten wird in der bis jetzt zwischen den beiden Ständen Waadt und Wallis üblichen Weise fortgesetzt. Jedes Jahr werden die jährlich auf beiden Ufern auszuführenden Arbeiten durch die gemäß der Konvention vom 4. April 1856 niedergesetzte interkantonale Kommission geprüft und durch die betreffenden Regierungen gutgeheißen.

Das von den beiden Regierungen angenommene Protokoll wird jeweilen dem Bundesrath zur Genehmigung vorgelegt.

Art. 4. Allfällige Streitigkeiten, welche zwischen den beiden Ständen hinsichtlich des Ganges der Arbeiten entstehen könnten, entscheidet der Bundesrath.

Art. 5. Je nach Schluß einer Baukampagne hat der Kanton Waadt dem Bundesrath einen Jahresbericht nebst Abrechnung über die ausgeführten Arbeiten vorzulegen.

Art. 6. Die Ausbezahlung des Bundesbeitrages erfolgt nach Maßgabe des Vorrückens der Arbeiten. Die jährlichen Zahlungen dürfen jedoch Fr. 40,000 nicht überschreiten.

Art. 7. Der Kanton Waadt haftet gegenüber der Eidgenossenschaft für die Vollendung der Arbeiten inner der festgesetzten Frist, so wie auch für den gehörigen Unterhalt der ausgeführten Arbeiten.

Art. 8. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

Botschaft

des

Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend
die vom XI. eidg. Wahlkreise am 23. Januar 1870
getroffene Ersatzwahl in den Nationalrath.

(Vom 29. November 1870.)

Tit. I

Am 23. Januar 1870 wurde im XI. eidgenössischen Wahlkreise eine Ersatzwahl in den Nationalrath vorgenommen.

Bei dieser Wahl standen hauptsächlich Herr Großrath Bonmatt und Herr Oberst Bell sich gegenüber, der erstere als Kandidat der Liberalen, der letztere als Kandidat der Konservativen.

Beide politischen Parteien entwickelten viel Thätigkeit, um sich den Sieg zu sichern, und es wurden sogar Stimmen laut, daß in Malters förmliche Bestechungen vorgekommen seien.

In Folge einer diesfälligen Anzeige bei dem Statthalteramte Luzern wurde eine Untersuchung eröffnet und gemäß Art. 74 des Bundesstrafrechtes durch unsere Schlußnahme vom 11. April 1870 die Beurtheilung der allfällig Schuldigen den Gerichten des Kantons Luzern übertragen.

Das Bezirksgericht Kriens und Malters erklärte dann wirklich am 16. Mai 1870 den Joseph Burri von Malters und den Kaspar Gloggnier von Nuswil, sowie am 20. Juni 1870 den Großrath Kaspar Thürig in der Feldmatt zu Malters der Wahlbestechung im Sinne von Art. 49, b und Art. 31, b des Bundesstrafgesetzes schuldig,

**Botschaft des Bundesrathes an die h. Bundesversammlung betreffend die Rhonekorrektion
aus dem Gebiete des Kantons Waadt. (Vom 28. November 1870.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1870
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	52
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.12.1870
Date	
Data	
Seite	754-765
Page	
Pagina	
Ref. No	10 006 709

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.